

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die neungespaltene Monoparagraphelle oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ende der Habsburger

Die Note der Großen Entente — Ungarn nimmt die Forderung an

Budapest, 1. November.

Montag vormittag erschienen beim Ministerpräsidenten Bethlen die Budapester Gesandten der Entente-Großmächte und überreichten ihm eine Note, in der die Vertreter der alliierten Großmächte erklären, daß sie mit Befriedigung die schnelle Beendigung des Experiments des Erlönigs seitens der ungarischen Regierung anerkennen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die ungarische Regierung dem Beschluß der alliierten Großmächte nicht nachgegeben ist, der die Proklamation des Thronverlustes Karl Habsburgs fordert. Der Thronverzicht, zu dem die ungarische Regierung den Erlönig bewegen zu wollen scheint, kann nicht als Durchführung des Beschlusses der alliierten Großmächte angesehen werden. Der Botschafterrat fordert, den Thronverlust unverzüglich zu proklamieren und diesen auf sämtliche Mitglieder des Hauses Habsburg auszudehnen.

Dazu bemerkt das Ung. Tel.-Bureau, daß der ungarischen Regierung keine andere Wahl bleibe, als diesem neuerlichen Beschluß der Großmächte nachzukommen. Nach Erörterung der allgemeinen Lage wurde der diesbezügliche Beschluß vom Ministerrat einstimmig gefaßt, wovon die Regierungen der verbündeten Großmächte und die Budapester Vertreter der Kleinen Entente verständigt wurden. Da die Entente-Großmächte für die Annahme ihrer Forderung einen Termin gestellt haben, wird die Regierung unverzüglich in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf betreffend die Dethronisierung der Habsburger einbringen. Die Vorlage wird unter Suspendierung der Sitzung im staatsrechtlichen Ausschuss verhandelt und der Ausschussbericht vom Referenten nach Wiedereröffnung der Sitzung dem Hause unterbreitet werden. Freitag wird die zweite, Sonnabend die dritte Lesung des Gesetzentwurfs in der Nationalversammlung stattfinden.

Die Große Entente hat sich also hinsichtlich der Forderung des Thronverlustes für das ganze Haus Habsburg der Kleinen Entente angeschlossen. Das ist sicher nicht zuletzt der entschlossenen Haltung der tschechoslowakischen und südslawischen Regierung zu danken. Unklar ist noch, wie sich die Große Entente zu den weiteren Punkten des Ultimatus der Kleinen Entente stellt: der Entlassung Ungarns und der Bezahlung der Mobilisierungskosten der Mächte der Kleinen Entente durch Ungarn. Allem Anschein nach wird man besonders in der letzten Frage zu einem Kompromiß kommen. Die Entlassungsfrage hingegen ist von gleicher oder noch größerer Bedeutung für den Frieden Mitteleuropas als der endgültige Thronverzicht der Habsburger. Ungarn muß gezwungen werden, die Entlassungs-

bestimmungen des Vertrages von Trianon voll und ganz zu erfüllen. Ebenso muß es zur Innehaltung der Bestimmungen über das Burgenland gezwungen werden.

Der Abtransport des Kaisers

Wie die Budapester Blätter melden, werden König Karl und Königin Zita in der Nacht zum Mittwoch von Tihany nach Duna-Földvár gebracht werden, wo sie von dem inzwischen dort eingetroffenen Kanonenboot „Gloworm“ aufgenommen werden sollen. Für die Ueberführung werden die gegenwärtig in Tihany weilenden Militärvorsteher Englands, Frankreichs und Italiens Sorge tragen.

Polen an der Seite der Kleinen Entente

Graz, 1. November.

Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad, daß der polnische Gesandte in Belgrad entschieden die Nachricht dementiert, die polnische Regierung hätte erklärt, daß sie an der Frage der Restauration der Habsburger uninteressiert sei. Die polnische Gesandtschaft ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die polnische Regierung auf jeden Fall bereit ist, die Kleine Entente zu unterstützen, wenn sie gegen die Restauration der Habsburger eine Aktion unternimmt. Weiter dementiert die polnische Gesandtschaft die Meldung der italienischen Blätter, wonach Polen der Kleinen Entente nicht beitreten könne, weil diese aggressive Tendenzen gegen Ungarn hege. Polen sei selbstverständlich bereit, der Kleinen Entente beizutreten, da es sich mit ihr durch gemeinsame Interessen verbunden fühle.

Rumäniens Standpunkt

Belgrad, 1. November.

Der rumänische Gesandte Dismandi erklärte zur Note des rumänischen Außenministers Take Jonesku an die Kabinette von Rom, Paris, London, deren Text auch in Belgrad mitgeteilt wurde, Rumänien befinde sich in vollem Einverständnis mit der tschechischen und jugoslawischen Regierung sowie mit den Regierungen der Großmächte, bezüglich der Forderung nach Abkündigung der Habsburger. War die Forderung nach Ersatz der Mobilisierungskosten betrifft, so stellt Rumänien keine Ansprüche, unterstütze jedoch die tschechischen und jugoslawischen Wünsche. Die Note, die vorgestern übergeben wurde, war kein Ultimatum, sondern nur ein entschiedener Schritt, der Ungarn die Befehung androht, falls es keine materiellen Garantien gebe.

Prag, 31. Oktober.

Das über einige Teile der Tschechoslowakei verhängte Standrecht ist nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, auf die ganze Tschechoslowakei, sondern nur auf die ganze Slowakei ausgedehnt worden.

Die sozialistischen Parteien Deutschlands stimmten mit denen Frankreichs und Englands überein, daß die Arbeitergewerkschaften die Forderungen für den Wiederaufbau kontrollieren sollen. Sie stimmten auch darin überein, daß man auf eine Revision des Versailler Vertrages hoffen müsse. Fast das ganze deutsche Volk glaubt, daß die Entscheidung der Genfer Konferenz in der oberösterreichischen Frage ein Unglück für Deutschland sei. Sie gesteht keine wirtschaftliche Entwicklung. Die Völker der Entente sind übrigens überzeugt, daß durch den Genfer Spruch Schwierigkeiten entstehen würden, weshalb sie wirtschaftliche Abmachungen auf 15 Jahre vorgeschrieben haben. Ledebour erkennt die Grobnisse der Volksabstimmung an und erklärt sofort, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Abstimmungsgebiet polnisch spreche, daß aber viele Bewohner Oberschlesiens aus wirtschaftlichen Gründen bei Deutschland verbleiben wollen. Ob nun die Entscheidung über Oberschlesien ungerecht ist oder nicht — Deutschland muß versuchen, den Genfer Spruch durchzuführen. Die Nationalisten erklären, daß ein bewaffneter Widerstand vorbereitet werden sollte, um in einiger Zeit eine Revision dieser Entscheidung durchzuführen. Die deutschen Arbeiter aber wünschen, daß der Geist des Hasses zwischen den einzelnen Nationen verschwinde und daß daher alle Vorbereitungen zum Kriege unterdrückt werden müßten. Aber bei den letzten Stadtratswahlen in Berlin gewannen die Nationalisten eine große Stimmenzahl, was auf die Entscheidung in der oberösterreichischen Frage zurückzuführen ist. Jetzt sei es daher schwieriger, die Nationalisten zu bekämpfen. Neue Putsche sind möglich, aber die Arbeiter sind sich darin einig, jeden monarchistischen Versuch zu bekämpfen. Die deutsche Republik wird leben und wird friedlich bleiben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau 1. November.

Der Ministerrat beschloß in seiner letzten Sitzung für das deutsch-polnische Abkommen u. a. folgende Forderungen zu erheben: Die Eisenbahn bleibt in Kattowitz und wird für ganz Oberschlesien zuständig sein. Die notwendigen Eisenbahnanlagen im polnischen Gebiet werden als Teil des deutschen Bahnnetzes ausgeführt werden. Die polnische Mark soll zu einem noch festzusetzenden Kurs umgerechnet und der deutschen Mark gleichgestellt werden.

Die Proletarisierung der Beamten

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtenbesoldung sind durch eine Verzögerung zwischen den Beauftragten der Spitzenorganisationen und den Vertretern der Reichsregierung zum Stillstand gekommen. Wir haben schon in der Morgenausgabe davon Kenntnis gegeben. Das Beharren der Beamtenvertreter war auf die Erzielung eines für alle Gehaltsstufen gleichen Mindeststeigerungsschlages gerichtet. Die Gewerkschaften wollten auf diese Art die große Spannung zwischen dem Einkommen der unteren, mittleren und höheren Beamten auszugleichen versuchen. Dieses Beharren ist nicht neu, es war schon bei früheren Verhandlungen Gegenstand des Streites und ist auch jetzt wieder von der Regierung abgewiesen worden. Wie notwendig indes eine solche Art der Besoldungsreform gewesen wäre, und wie wünschenswert es ist, daß sich die Gewerkschaften in ihrem Beharren auch durch diesen neuen Mißerfolg nicht irre machen lassen, zeigt der folgende Artikel, der aus einem Volkshausen geschrieben wird.

Mit unheimlicher Geschwindigkeit steigen alle Preise maßlos in die Höhe. Abgesehen von den Rentenempfängern leiden unter diesen Zuständen am meisten die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten. Während die anderen Volksschichten sich mehr oder minder an den Preissteigerungen beteiligen und so selbst auf eine Erhöhung ihres Einkommens hinwirken können, bleibt den Arbeitnehmern nur der gewerkschaftliche Weg des Verhandels oder des Kampfes, um eine Aufbesserung zu erreichen. Leider verstehen gerade die bedürftigsten Gruppen in der Beamtenschaft diese Mittel nicht mit der Rücksichtslosigkeit zu benutzen, wie sie die mittleren und höheren Beamten an den Tag legen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen, und deshalb sinken die unteren Schichten der Beamtenschaft auf ein immer tieferes Lebensniveau hinab.

Vergleiche zwischen Arbeiter- und Beamteneinkommen sollen nicht gezogen werden, denn beide Teile der Arbeitnehmerschaft müssen davon überzeugt sein, daß sie zusammengehören und sich gegenseitig in ihrem schweren Existenzkampf unterstützen müssen. Ein Teil der Arbeiterschaft hat aber unzweifelhaft durch die gewerkschaftlichen Mittel eine Entlohnung durchgesetzt, die die unteren Gruppen der Beamtenschaft nicht annähernd erreichen; dabei sind die Arbeiterlöhne gewiß nicht übertrieben hoch. Wird heute ein Telegraphenarbeiter ins Beamtenverhältnis überführt, so müßte er seinem bisherigen Arbeitseinkommen entsprechend in die Besoldungsgruppe VI einrücken. Da die Anstellung aber in Gruppe III erfolgt, so muß in diesem Falle der Unterschied des Einkommens zwischen Gruppe VI und Gruppe III als Ausgleichszulage zwischen Arbeiter- und Beamteneinkommen gezahlt werden. Eine dringende, täglich wachsende Notlage, die diesen Teil der Beamtenschaft bereits unter das Lebensniveau der Arbeiterschaft gedrückt hat, besteht also in erster Linie für die Beamten der Gruppen I bis VI. Verfolgt man aber die Tages- und die Fachpresse, so gewinnt es den Anschein, als wäre der größte Teil dieser produktiven Arbeit leistenden Beamtenträfte vollständig überflüssig und verschlingende Unsummen, während die für die Verwaltung des Staates wirklich unentbehrlichen höheren Beamten geradezu erbärmlich besoldet würden und der Verzwelfung nahe wären.

Diese Auffassung wird seit etwa einem Jahre mit rücksichtsloser Zähigkeit und nicht zu überbietender Einseitigkeit vom Reichsbund höherer Beamter vertreten und findet von dessen Zeitschrift aus Eingang in die gesamte bürgerliche Presse bis tief in die Kreise der äußersten Linken. Welches Blatt man auch aufschlägt, so liest man tagtäglich die Klagen der höheren Beamten, die durch Umrechnung ihres jetzigen Einkommens in Goldmark und durch vergleichende Gegenüberstellung zwischen der Einkommensaufbesserung der unteren Besoldungsgruppen und ihren Bezügen nach der neuen Besoldungsordnung den Anschein zu erwecken suchen, als wäre ihnen himmelschreiendes Unrecht geschehen, als wären sie die gewaltig Notleidenden, die durch die aufsteigende Gewerkschaftsbewegung absichtlich profetariert würden.

Rechenkünster aus diesen Kreisen haben es verstanden, zu beweisen, daß im Vergleich zum Vorkriegseinkommen der Beamte der Gruppe I nur 4584 M. weniger, der Beamte der Gruppe XIII aber 109 944 M. weniger beziehe, es werde also seinem einzigen Beamten eine der Vorkriegszeit entsprechende Lebenshaltung ermöglicht. Ob diese Herren schon einmal daran gedacht haben mögen, wie die Lebenshaltung der unteren Besoldungsgruppen vor dem Kriege gewesen ist? Mit 1600 bis 1800 M. Höchstgehalt waren auch in der Zeit glänzendster wirtschaftlicher Konjunktur die Beamten der unteren Besoldungsgruppen gezwungen, Weib und Kind mitverdienen zu lassen, weil sie ohne Nebenverdienst buchstäblich zum Hungern gezwungen waren. Das Endgehalt der unteren Beamten war das Anfangsgehalt der mittleren Beamten, und der höhere Beamte bezog das Sechsbis-Achtfache des Einkommens eines unteren Beamten. Und diese Verhältnisse will man unter allen Umständen wieder herstellen! Daß man das ernsthaft wagt und davon mit einer Selbstverständlichkeit spricht, als hätte

Der französische Sozialistenkongress

Paris, 1. November (W. T. B.).

Der sozialistische Parteitag behandelte gestern die Frage der Taktik der Partei. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, will keine Allianz mit den bürgerlichen Parteien, auch keine Allianz mit der äußersten Linken. Die Partei müsse bleiben, was sie ist und was sie seit der Spaltung gewesen sei. Der Redner sprach auch von der Wahlkampagne, durch die die Partei einen Teil ihrer Anhänger verlieren könne. Die Partei müsse sich das Recht vorbehalten, eine Koalition einzugehen, wenn die Wahlen vor der Tür ständen.

Der Abg. Blum warnte den Kongress vor einer Ueberstürzung über die innere Politik der Partei anzunehmen. In der Frage über die innere Politik der Partei anzunehmen. In der augenblicklichen Kammer sehe er nicht die notwendigen Elemente, um einen Block der Linken zu bilden.

Ledebour über die Reparationsfrage

CC, Paris, 1. November.

Ledebour erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“: In der Frage der Reparationen erklären die Unabhängigen, daß Deutschland die zerstörten Gebiete wiederaufbauen, daß dieser Wiederaufbau aber nicht nur durch Geldleistungen erfolgen solle. Das Abkommen von Wiesbaden bedeutet einen Fortschritt in der Zahlungsmethode. Das deutsche Volk ist der Ansicht, daß der Vertrag von Versailles für das Wirtschaftsleben Deutschlands außerordentlich gefährlich ist und daß seine Rückwirkung den Wiederaufbau des Handels und der Industrie mit Frankreich unmöglich mache. Das deutsche Volk glaube, daß der Versailler Vertrag die Ursache des Marksturzes sei, wodurch aber auch die deutsche Ausfuhr gestoppt werde, wobei diese die Preise auf den Weltmärkten zum Sinken bringe. Daraus ergibt sich eine gewisse wirtschaftliche und finanzielle Unruhe. Auch wird der deutsche Arbeiter niedriger entlohnt, was allmählich zum Elend führen muß. Andererseits begünstigt aber auch die steigende deutsche Ausfuhr die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten. Diese Lage ist zu unbeständig, um andauern zu können. Deshalb müsse man sich zu den Abschonungen von Wiesbaden beglückwünschen. Sie beweihe die Besserung in den deutsch-französischen Beziehungen. Frankreich müsse aber verstehen, daß Deutschland wohl viel Arbeit, aber nicht viel Geld liefern könne.

man nur allein zu bestimmen, ist das Unglaubliche, was die unteren Gruppen so erbittert und zu heftigstem Widerstand treiben muß.

Unaufhörlich wird behauptet, die letzten Aufbesserungen wären in erster Linie den unteren Besoldungsgruppen zugute gekommen, während umgekehrt gerade durch die letzte Aufbesserung vom 1. August ab die höheren Beamten infolge der prozentualen Erhöhungen der Sätze tatsächlich ungebührlich begünstigt worden sind, lediglich damit der alte Abstand zwischen oben und unten in voller Schärfe wieder in Erscheinung tritt. Ein Artikel der Zeitschrift des Reichsbundes höherer Beamter bezweifelt, daß der Leiter eines Verkehrsamtes (Gruppe VII) noch einen Anreiz zur Übernahme seines verantwortungsvollen Postens verspüren könne, wenn „einer seiner (!) Angestellten des unteren Dienstes (Gruppe IV) nur noch um 333 Mark Vorzugsmark schlechter steht als dieser“. In Papiermark ausgedrückt sind das etwa 4000 M. für die unteren Gruppen auch heute noch eine beträchtliche Summe. Und die „Deutsche Postzeitung“ schreibt in ihrer Nr. 42 wörtlich: „Der Traum der Gleichmacherei aus den Tagen des Umsturzes und der ersten Zeit danach muß nun endlich, wenn der Staat nicht schweren Schaden nehmen soll, auch für die Beamtenklasse ausgedrückt sein, nachdem sich alle anderen Kreise längst wieder auf die Wirklichkeit eingestellt haben. Sonst wird es keinem mehr einfallen, Opfer jeder Art, besonders an Fleiß und Mühen, an Ausbildungskosten und lange Wartezeiten, auf sich zu nehmen.“ Das heißt also, die unteren Besoldungsgruppen sollen sich auf das Darben und auf das Mitverdienen der Familienmitglieder einrichten, sie sollen allein die Lasten des verlorenen Krieges tragen, wie sie und ihre Familien in der Vorkriegszeit an das Entbehren gewöhnt waren. Die höheren Schichten dagegen denken gar nicht daran, Opfer zu bringen. Solche Ausführungen veröffentlichen diese Kreise in einem Augenblick, da höhere, mittlere und untere Beamte zusammen eine Einheitsgewerkschaft der Postbeamten zu gründen im Begriffe sind. Die zahlreichen Beamten der unteren Gruppen werden daraus erkennen, welche Rolle ihnen in der neuen Postgewerkschaft zugeordnet ist.

Selbstverständlich soll nicht bestritten werden, daß es unter den höheren Beamten hervorragende, intelligente Köpfe gibt, und niemand will die Leistungen dieser Beamten herabsetzen oder ihr Einkommen schmälern, im Gegenteil, wirkliche Leistungen sollen auch angemessen entschädigt werden. Aber zu verurteilen ist der unsoziale Geist, der in den Kreisen der höheren und vielfach auch noch der mittleren Beamten herrscht, der völlig unbestimmt um die Lage jener Beamten, die tatsächlich nicht das Notwendigste zum Leben erhalten, rücksichtslos ihr eigenen Interessen in den Vordergrund schieben und dabei auch vor Übertreibungen nicht zurückbleiben.

So wird es auch bei den jetzigen Neuregelungen der Bezüge wieder kommen, wie es stets gewesen ist: Nach oben wird reichlich gegeben (man spricht von 80 000 M. für Gruppe XIII), während die unteren Gruppen wieder das Nachsehen haben werden. Beabsichtigt ist eine Verdoppelung der Grundgehälter, eine neue sehr erhebliche Erhöhung der Kinderzulagen und eine Ermäßigung des Teuerungszuschlages; es läuft also alles wieder auf eine prozentuale Erhöhung hinaus, bei der die Beamten mit dem kleinen Einkommen naturgemäß am schlechtesten abschnitten. Eine neue unerhörte Bevorzugung der höheren Beamten aber würde darin bestehen, daß ihre hohen Grundgehälter jetzt pensionsfähig würden, während die Pension der unteren Gruppen immer noch minimal bliebe. Diese Gruppen müssen daher jede prozentuale Aufbesserung entschieden ablehnen und ein völlig neues System verlangen.

Vor dem 1. Januar 1922 ist daher an eine endgültige Neuregelung der Bezüge nicht zu denken. Es dürfte zu einmaligen Zahlungen im November und dann noch einmal vor Weihnachten kommen, wie sie die Masse der Beamten verlangt, die längst proletarisiert ist. Werden nun wieder solche Unterschiede gemacht wie bei der letzten Nachzahlung, dergestalt, daß der höhere Beamte ebensoviel Tausende Mark

erhält wie der der unteren Gruppe Hunderte, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Gegenläufe in der Beamtenenschaft an Schärfe zunehmen und daraus unabsehbare Folgen für den Staat entstehen.

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung

Das Ergebnis der Verhandlungen

Die Regierung hat sich auch diesmal entschieden dagegen gewehrt, daß der gesamten Beamtenchaft neben einer Erhöhung der Grundgehälter ein Mindestzuschlag gezahlt wird, der für alle Beamtengruppen der gleiche sein sollte. Wie wir schon angedeutet, war das die Forderung der Gewerkschaften und die nachfolgende Wiedergabe der neuen Gehaltsfestsetzungen zeigt, daß sie es bleiben muß. Die Regierung lehnte die Forderung der Beamtenchaft mit dem ausdrücklichen Bemerkten ab, daß dadurch eine Nivellierung der höheren Gehälter eintreten würde, die sie nicht billigen würde. Die neuen, durch die Verständigung erzielten Sätze sind die folgenden:

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	7 500 bis 11 000 M.	10 000	11 800	12 500	13 500	14 500	16 000	18 000	21 000	25 000	30 000	38 000	53 000
		13 000	15 000	16 000	17 000	18 500	22 500	26 000	31 000	37 000	44 000	57 000	80 000

Die Spannung zwischen den einzelnen Gehaltskategorien ist also nach wie vor ungewöhnlich groß. Wie weit ist der Weg von den 7500 M. der Gruppe 1 bis zu den 80 000 M. der Gruppe 13. Dazu kommt, daß auch die Ortszuschläge für die geringeren Gehälter niedriger sind als für die höheren. Folgende Uebersicht zeigt das:

bis 11 500	11 500—12 700	12 700—15 200	15 200—16 000 M.
A 3200	4000	4800	5600
B 2400	3000	3600	4200
C 2000	2500	3000	3500
D 1600	2000	2400	2800
E 1200	1500	1800	2100

16 000—25 500	25 500—38 000	über 38 000 M.
A 6400	7200	8000
B 4800	5400	6000
C 4000	4500	5000
D 3200	3600	4000
E 2400	2700	3000

Infolge der Erhöhung der Grundgehälter beträgt jetzt das Gehalt der Beamten der untersten Gruppe (Gruppe I) 7500 M. (bisher 4000 M.), esurf also eine Erhöhung um 3500 M. Bei der Gruppe II betrug früher das Jahresgehalt 4800 M., jetzt 10 000 M.; bei Gruppe III erhöht sich das Jahresgehalt von 4600 M. auf 11 500 M. Diese Erhöhung schreitet bei jeder weiteren Gruppe progressiv fort, so daß die Gruppen V, VI und VII das Doppelte oder mehr als das Doppelte erhalten die Gruppen I und II auf das Dreifache des bisherigen Grundgehalts kommen, und die Gruppe XIII, die höchste Beamtenklasse, die früher ein Grundgehalt von 13 200 M. jährlich hatte, jetzt ein Grundgehalt von 53 000 M. bezieht, also ungefähr das Vierfache des früheren Einkommens.

Gleichzeitig mit den Grundgehältern haben sich die Kinderzulagen erhöht, und zwar für ein Kind bis zum sechsten Lebensjahre auf 150 M. monatlich, von 6 bis 14 Jahren auf 200 M. und vom 14. bis 21. Lebensjahre auf 250 M. Die Kinderzulagen sind nunmehr bei allen Ortsklassen die gleichen, während sie früher nach den Ortsklassen A bis E gestuft waren. Auch die Ortszuschläge haben sich gegenüber früher geändert. Während sie bis jetzt zwischen 2000 und 2400 M. schwankten, sind sie jetzt auf 3200 bis 8000 M. jährlich erhöht worden, gestuft nach den Grundgehältern. Der 20 prozentige Teuerungszuschlag wird gestaffelt auf Grund folgender Berechnung: Grundgehalt plus Ortszuschlag plus Kinderzuschlag.

Die prozentuale Besserstellung ist auch jetzt wieder für alle Gehaltsklassen nahezu gleich, denn sie beträgt im Durchschnitt 25 bis 30 v. H. Und die 20 Prozent Teuerungszuschlag machen bei dem Einkommen der höheren Beamten eine ungleich größere Summe aus, als bei den niederen, eine durchaus unsoziale Maßnahme; denn die Teuerung hat doch in der Tat für alle die gleiche Wirkung. Der Kampf der Beamten gegen diese Ungerechtigkeit kann also nicht als abgeschlossen gelten.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge einschließlich der der Wehrmacht jedoch ohne Ausgaben für die allgemeine soziale Versorgung bringen dem Reiche eine Mehrbelastung von 20 Milliarden Mark jährlich.

Partei Stegerwald

Es ist schon einige Zeit her, da hielt Herr Stegerwald auf dem Essener Kongress der Christlichen Gewerkschaften eine große Rede, die den Aufruf zur Schaffung einer Partei aller Gerechten und Freien von deutscher Art unter der Führung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung bildete. Damals war Herr Stegerwald noch nicht Ministerpräsident. Er war der Öffentlichkeit bekannt als die erste Vertrauensperson der christlich organisierten Arbeiterschaft, und als Devise seiner neuen politischen Partei gab er in Essen die Formel aus: deutsch, national, christlich und demokratisch. Das war vielerlei und gänzlich unbestimmt. Weder aus dieser Devise, noch aus der Rede Stegerwalds, noch aus seiner Vergangenheit und Stellung in der Öffentlichkeit konnte man sich eine Vorstellung von der Tendenz der beabsichtigten Partei bilden.

Inzwischen ist das unbeschriebene Blatt Stegerwald beschrieben worden, und zwar in christlicher Sprache. Der Mann wurde preußischer Ministerpräsident und emporstieg sich dabei als bösartiger Reaktions- und flebrig-geschäftlicher. Wenn heute von einer „Partei Stegerwald“ die Rede ist, so weiß man schon genauer, welche Rolle sie im zukünftigen Leben Deutschlands spielen würde.

Allerdings war inzwischen nicht mehr viel von dieser Partei die Rede. Es zeigt sich aber immer wieder, daß der Ruf Stegerwalds nicht ganz wirkungslos geblieben ist. Der preußische Ministerpräsident und erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich inzwischen ein eigenes Organ zugelegt, das als Tageszeitung erscheint und „Der Deutsche“ heißt, und in diesem Blatt wird der Gedanke der Partei Stegerwald weiter gepflegt. Jetzt tritt z. B. ein Herr Joseph Einig, der irgendwo Vorsitzender einer Ortsverwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist, von neuem gegen den „Parteihebel“ auf. Er proklamiert von neuem als Mittel gegen ihn die „Partei Stegerwald“. Für den Geist dieses Mannes und das Ziel seiner Wünsche ist es bezeichnend, daß er die von ihm geplante Partei der christlich und national denkenden Arbeiter rund und nett als die Partei Stegerwald bezeichnet. Heute ist diese Bezeichnung die Identifizierung mit einer durchaus reaktionären Politik.

Nun ist die Stimme des Herrn Einig gewiß nicht die Stimme der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung. Es gibt Männer und Strömungen in dieser Bewegung, die eine Politik Stegerwalds entschieden ablehnen würden, aber es ist auch ganz sicher, daß auch der Ministerpräsident Stegerwald noch immer das Vertrauen des größten Teils der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat.

Die Propaganda für eine Partei Stegerwald ist also gegenwärtig mit viel mehr Aufmerksamkeit zu beachten, als zur Zeit der Essener Tagung, denn jedes Wort für sie ist ein Wort der Billigung der preußischen Stegerwald-Reaktion. Damit ist diese Partei allerdings auch schon entlarvt, bevor sie existiert.

Verwarnung der „Deutschen Tageszeitung“. Die Deutsche Tageszeitung ist wegen des Artikels „Anochenfrak“ in Nr. 499 vom 30. Oktober ds. Ja. von dem preußischen Minister des Innern verwarnet worden.

Der Film am Dienstag

Deutscher oder amerikanischer Film?

Von Hans Siemsen

Seit einiger Zeit sind in den Kinos, besonders in den kleineren, billigeren Kinos, wieder ausländische Filme zu sehen: italienische, französische, amerikanische. Man hat also Gelegenheit, die deutschen Filme mit den ausländischen zu vergleichen und festzustellen, wer in den letzten sieben Jahren die größeren Fortschritte gemacht hat: Deutschland oder Amerika? (Denn Amerika ist maßgebend für den ausländischen Film; auch in Frankreich und in Italien macht man vor allem „amerikanische“ Filme, die sich nur durch die andere Landschaft und das andere Temperament der Schauspieler von den ersten amerikanischen Filmen unterscheiden. Man kann also ruhig von amerikanischen Filmen reden, wenn man von ausländischen Filmen spricht. Der Stil ausländischer Filme ist immer amerikanisch, nur Deutschland hat einen anderen Stil. Deshalb kann man auch deutsche Filme sofort von ausländischen unterscheiden.) Wer also, das ist nun die Frage, hat in den letzten Jahren größere Fortschritte gemacht? Der deutsche oder der amerikanische Film?

Die Antwort klingt etwas sonderbar: Die größeren Fortschritte hat wohl der deutsche Film gemacht; aber besser ist der amerikanische. Das heißt: Fortschritte hat der deutsche Film zwar gemacht, — aber auf einem falschen Wege.

Die alten deutschen Filme waren einfacher, harmloser, weniger anspruchsvoll und deshalb natürlicher. Inzwischen hat man geglaubt, man müsse den Film auf ein künstlerisches Niveau „heben“ — und hat versucht, ihn dem Theater immer ähnlicher zu machen. Nun sind aber die Grundlagen, die Mittel, die Grenzen, die künstlerischen Gesetze und infolgedessen auch die Möglichkeiten und die Wirkungen des Theaters völlig andere, als die des Films. Das völlig beherrschende Hauptmittel des Theaters, durch das es wirkt als die Hälfte seiner Wirkungen erreicht, ist das gesprochene Wort. Und das fehlt im Film vollkommen. Von anderen auch sehr wichtigen und grundlegenden Verhältnisseheiten will ich gar nicht einmal reden; obwohl das Fehlen der Farben und der plastischen Formen im Film, die Unmöglichkeit im Theater zweifelhafte in der Stunde die Szene zu wechseln, die Notwendigkeit es im Film zu tun, obwohl diese und noch viele andere Unterschiede sehr wichtig und wesentlich sind. Nur die eine Tatsache, daß das Theater spricht und der Film stumm ist, nur diese genügt, um jedem vernünftigen Menschen klar zu machen, daß der Stil des Films ein wesentlich, ein vollkommen anderer sein muß, als der des Theaters.

Und so ist es denn ganz natürlich, daß der deutsche Film mit jedem Schritt, den er macht und folgt auf dem Wege zum

Theater gemacht hat, schlechter geworden ist. Die in Deutschland üblichen psychologischen, historischen und sozialen Film-Dramen sind zwar oft sehr „gebildet“, sehr „fein“, sehr anspruchsvoll — aber fast immer auch sehr langweilig, sie schiegen fast alle am eigentlichen Wesen des Films total vorbei.

Die amerikanischen Filme sind im Gegensatz dazu durchaus nicht fein und nicht gebildet — aber ganz gewiß auch nicht langweilig. Man hat dort keine „Künstlerischen“, keine Theater-Wisheiten, man gibt dem Film, was des Films ist: Natürlichkeit, Tempo, Bewegung, Wechsel, Spannung. Man zieht eine tollkühne, atemlose Jagd durch tausend verschiedene Gefahren und ebenso viele verschiedene Landschaftsbilder (also etwas, was man im Theater durchaus nicht machen kann) einer psychologisch-dramatischen Szene zwischen zwei mehr oder weniger abgepielten Schauspielern („Bei dem Kind, das ich von Dir unterm Herzen trage, beschwöre ich Dich —“) entschieden vorbei. Vor allem aber ist die Art, der Stil der amerikanischen Schauspieler (wenigstens der besseren unter ihnen) dem Wesen des Films viel näher, als der Stil der Deutschen. Sie haben begriffen, daß, da dem Filmschauspieler das Wort fehlt, seine Mimik weit wichtiger ist und viel mehr ausdrücken muß, als auf dem Theater, daß das aber (und das ist das Wesentliche) nicht etwa bedeutet, daß nun der Schauspieler im Film sein Gebärden- und Mienenpiel steigern und übertreiben soll, sondern ganz im Gegenteil, daß er so sparsam, wie möglich damit sein soll. Es ist ja so, daß nicht die zahlreichen und übertriebenen Gebärden eines zappigen Menschen, sondern die seltenen Bewegungen eines ruhigen nur Eindruck machen. Nur das Seltenere fällt auf und haftet im Gedächtnis.

Diese zwei Dinge: die Sparsamkeit der Schauspieler mit Gebärden- und Mienenpiel, wenn es gilt, feilsche Erregungen auszubilden und die im Gegensatz dazu stehende Schnelligkeit der Handlung, das Vorübergehen vieler fremder und überraschender Szenen und Szenarien — sie sind es, die der amerikanische Film vor dem deutschen voraus hat. Es kommt ein sehr wichtiges Moment hinzu: der deutsche Filmschauspieler baut sich mit Vorliebe seine Szenarien aus Zement, Beton und Pappe (genau wie auf seinem bewunderten Theater) — der Amerikaner ändert lieber den ganzen Film, ehe er Zement und Pappe braucht. Er wählt eine schöne, eindrucksvolle, „brauchbare“ Landschaft aus — und da wird gefilmt! Und die Natur, wem muß man das sagen? schlägt die Pappe und den Zement jedesmal mit Kilometer, mit Meilen, mit Planetenbahnen-Vorprung.

Zusammengesetzt: alles was mit dem Theater und mit dem Wort (also nicht eigentlich mit dem Film) zu tun hat, wie z. B. das (in Deutschland immer überhäufte) Manuskript und die Kostüme, das ist in Deutschland besser; alles aber, was nicht mit dem Theater, sondern mit dem Wesen des Films (und mit dem Leben) zu tun hat, das ist in Amerika besser.

Am Mißverständnissen vorbeugen: nicht jeder amerikanische Film ist gut (weiß Gott nicht!), nicht jeder deutsche schlecht. Nur:

die amerikanische Art ist die vernünftiger, die natürlicher, die weniger gekünstelt — und deshalb im Allgemeinen: die bessere. Man muß bei einem Vergleich aber in Betracht ziehen, daß die bis jetzt nach Deutschland gekommenen amerikanischen Filme nie über, oft unter dem Durchschnitt stehen. Die guten amerikanischen Filme, mit wirklich großen Schauspielern (wie Fairbanks, W. H. Fox, Hayakawa, Mary Pickford, Charlie Chaplin) sah man bisher in Berlin noch nicht. Erst wenn sie zu sehen sind, wird ein voller Vergleich jedes möglich sein.

Neues vom Film

Die weiße Seele nennt sich der neueste Stoff des medizinischen Archivs der Ufa, der heute im Wormseraal am Zoo, Lehrerseminarhaus, Neue Welt, Hofentheater, seine Erbauung erleben wird.

Die Deutsch-Filmgesellschaft hat einen Film „Kriminalverbrechen in gewerblichen Betrieben“ unter Mitarbeit der Herren Prof. Dr. C. H. Schenck und Dr. Schmidt von der Charlottenburger Technischen Hochschule herbeigeholt, der in nächster Zeit zur ersten Vorführung kommt. Es ist ein neues Werk der ersten Reihe, die Gefahren der gewerblichen Arbeit, aber zugleich auch die neueren Wege, diesen Gefahren zu begegnen, im Hinblick vorzuführen. Wir werden auf diesen, jedenfalls dankenswerten Versuch, zurückkommen.

Neue Unstillschlichtungsprozesse. Je schmutziger durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung das öffentliche Leben wird, um so mehr bemühen sich die Gerichte, die doch nur die Repräsentanten dieses schmutzigen Systems sind, mündliche Anforderungen an das öffentliche Leben zu stellen. Ein Prozeß folgt auf den andern. Eben wurden deutsche Professoren und Künstler, für deren Werke deutsche staatliche Museen hohe Preise zählten, gerichtlich um ihre Werte gebracht (die vernichtet werden sollen), und heute verzeichnet der Prozeßbericht wieder eine Verhandlung, gegen einen deutschen Gelehrten Dr. med. und phil. Hans Lungwisch, der angeklagt ist, weil im 1920 erschienenen Roman „Lamas, Leidenschaft“ aus psychoanalytischen Erfahrungen heraus das Problem der Blutschande dichterisch behandelt. Wieder marschierte ein ganzer Schwarm von Sachverständigen auf, und so entgegengesetzte Persönlichkeiten, wie z. B. der deutsch-nationale Professor Roethe und Professor Schleich, standen dem Staatsanwaltschaftlichen Sachverständigen, Professor Brunner gegenüber, dessen Spezialität es ist, Schmutz zu entdecken, wo ihn nur Schmierfäule finden. Die Sachverständigen waren alle, außer Brunner, für den Angeklagten. Trotzdem fehte sich das Gericht wie üblich über das elendige Urteil der Sachverständigen hinweg und beschloß das Buch zu vernichten!

Auch der „Reigen“ kommt wieder vor Gericht, und zwar haben zahlreiche Befucher die Staatsanwaltschaft solange bombardiert, bis endlich Anklage gegen Gertrud Eyoldt und elf andere Persönlichkeiten ihres Theaters wegen unzüchtiger Handlungen erhoben worden ist. Nachdem sich bereits ein Berliner Gericht für den „Reigen“ ausgesprochen hat, wird sich ein neues Gericht wieder mit ihm beschäftigen. Dazu zahlen wir Steuern und dann wundern wir uns noch über die Belastung der Gerichte, die Verhandlungen führen, die nicht nur der Zukunft, sondern schon einem großen Teil der Gegenwart als schwachsinzig erscheinen müssen.

